

M1

Die Seite demokratiezentrum.org über Konsens und Konflikt in der politischen Willensbildung:

Während Streitfragen in der Konkurrenzdemokratie überwiegend auf Basis des Wettbewerbs und Mehrheitsrechts entschieden werden, werden in der Konkordanzdemokratie Konflikte im „gütlichen Einvernehmen“ durch Kompromisse geschlichtet.

Eine Konkordanzdemokratie ist also ein politisches System, in dem mithilfe von aufwendigen Vermittlungstechniken und Kompromissverfahren über kontroverse Fragen ein gemeinsamer Konsens erreicht wird.

www.demokratiezentrum.org
(02.12.2021)

Konkurrenz- bzw. Konkordanzdemokratie: alternativ werden auch die Begriffe Konsens-/Verhandlungs- bzw. Konflikt-demokratie verwendet.

8 Von der Konsens- zur Konfliktdemokratie

Die 1980er und 1990er Jahre läuteten in Österreich eine politische Wende ein – weg von sozialpartnerschaftlich ausgehandelten Kompromissen hin zu einem Wandel des Parteiensystems und des Wahlverhaltens. Die Wahlbeteiligung nahm ebenso ab wie die emotionale Bindung der Wählerinnen und Wähler an die beiden Großparteien. „Wechselwählen“ wurde zum Trend. Nach Abschaffung der Wahlpflicht 1992 sank die Wahlbeteiligung. Ein Ausdruck des Wunsches nach mehr Partizipation waren u. a. große Massenkundgebungen und Demonstrationen.

Die „Wende“ von 2000: eine ÖVP-FPÖ-Koalition

In den 1990er Jahren wandten sich viele Unzufriedene der FPÖ zu. Nach der Nationalratswahl von 1999 bildete Wolfgang Schüssel (ÖVP) eine Koalition mit der FPÖ und löste damit Proteste im In- und Ausland aus. Reformen, die mit der SPÖ nicht umgesetzt werden konnten, wurden jetzt durchgezogen, z. B. die Privatisierung staatsnaher Unternehmen (Telekom Austria, Voestalpine). Eine umfassende Pensionsreform wurde gegen den Widerstand der Gewerkschaften beschlossen, Studiengebühren eingeführt (inzwischen aber wieder abgeschafft). Bereits 2002 scheiterte die Koalition nach Konflikten innerhalb der FPÖ. Nach Neuwahlen setzte Schüssel die Koalition mit der geschwächten FPÖ-Abspaltung (BZÖ) bis 2007 fort.

Von der Neuaufgabe der Wende 2017 zur Übergangsregierung

2007 kehrte Österreich zu einer Koalition von SPÖ und ÖVP zurück. Das Scheitern der europäischen Flüchtlingspolitik 2015/2016 führte zu einem starken Vertrauensverlust in die Regierung und machte die FPÖ in Umfragen zur stärksten Partei. Als Sebastian Kurz 2017 die ÖVP und in der Flüchtlingsfrage wesentliche politische Positionen der FPÖ übernahm, schuf er die Voraussetzung für eine Neuaufgabe einer Koalition von ÖVP und FPÖ Ende 2017. Gegen den Widerstand von SPÖ und Gewerkschaften wurde der 12-Studenten tag eingeführt; Zuwanderungs- und Asylpolitik wurden verschärft.

Nach nur anderthalb Jahren im Amt kündigte Bundeskanzler Kurz im Mai 2019 die Koalition auf, weil sich die FPÖ als nur bedingt regierungsfähig erwiesen hatte (Ibiza-Video, mangelnde Abgrenzung von rechtsextremen Positionen). Erstmals in der Zweiten Republik sprach eine Mehrheit im Parlament einer Regierung das Misstrauen aus und sie musste zurücktreten. Gemäß der Verfassung ernannte der Bundespräsident eine Übergangsregierung mit der ehemaligen Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs, Brigitte Bierlein, an der Spitze.

i

Ibiza-Affäre

Die am 17. Mai 2019 veröffentlichten Videosequenzen (Ibiza-Video) eines heimlich aufgenommenen Gesprächs von FPÖ-Obmann Strache über Parteispenden, Einfluss auf Medien, Investitionen und Gegengeschäfte lösten eine Regierungskrise aus. Im Lauf des 18. Mai 2019 versammelten sich immer mehr Menschen im Regierungsviertel, um den Rücktritt von Strache zu fordern. Dieser und die anderen FPÖ-Regierungsglieder traten zurück.

Die Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, die Beschlagnahmung von Datenträgern (Chats) und der parlamentarische Untersuchungsausschuss hatten eine Ausweitung der Ibiza-Affäre in Richtung ÖVP (Novomatic, Postenbestellungen in der Staatsholding ÖBAG) und letztlich den Rücktritt von Bundeskanzler Sebastian Kurz im Oktober 2021 zur Folge.

M2



Demonstration „Rücktritt Jetzt!“ am Ballhausplatz in Wien, 18. Mai 2019, Fotografie

Mit Türkis-Grün in den Krisenmodus

Nach den Nationalratswahlen vom September 2019 bildete ÖVP-Obmann Sebastian Kurz eine Koalition mit den Grünen. Aufgrund der geringen inhaltlichen Übereinstimmung von ÖVP und Grünen (der Politologe Laurenz Ennser-Jedenastik ermittelte einen Wert von 20 % an Überschneidungen) dauerten die Koalitionsverhandlungen bis zur Jahreswende.

Die im März 2020 ausgebrochene Coronakrise stellte diese Regierung vor völlig neue Herausforderungen. Zur Eindämmung der Pandemie musste sie Maskenpflicht, Ausgangsbeschränkungen, die Schließung der Schulen sowie vieler Unternehmen verfügen. Anfangs war die Bevölkerung weitgehend bereit, die Einschränkungen von Freiheitsrechten mitzutragen. Mit Fortdauer der Krise und mit jedem weiteren Lockdown wuchsen bei vielen Menschen Frustration und Enttäuschung. Parteien wie die FPÖ und die neugegründete MFG (*Menschen Freiheit Grundrechte*) instrumentalisieren diese Emotionen für ihre Zwecke. Die Frage des Umgangs mit der Pandemie und das Impfen wurden politisiert und so kontrovers diskutiert, dass sogar der Bundespräsident Alexander Van der Bellen vor einer Spaltung der Gesellschaft warnte.

M4



Demonstration gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht auf der Wiener Ringstraße, 20. November 2021, Fotografie

i

Ende 2021 hatte die Koalition von ÖVP und Grünen viel an Vertrauen verloren. Die ablehnende Haltung vieler Menschen gegen Lockdowns und das Impfen manifestierte sich in Demonstrationen mit viel Zulauf und einer gewissen Radikalisierung der Gegnerinnen und Gegner der Pandemiepolitik.

Chats und Rücktritt von Bundeskanzler Kurz

Die Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in der Ibiza-Affäre führten nach der Auswertung von beschlagnahmten Datenträgern aus dem Umfeld von Ex-Kanzler Sebastian Kurz zu Ermittlungen in Kurz' engstem Umfeld wegen Verdachts auf Untreue, Bestechung und Bestechlichkeit. Nach Hausdurchsuchungen im Bundeskanzleramt und der ÖVP-Zentrale musste Kurz – nicht zuletzt auf Drängen der Grünen – Anfang Oktober 2021 zurücktreten. Ihm folgte interimistisch Alexander Schallenberg nach, am 6. Dezember wurde Karl Nehammer als Bundeskanzler angelobt. Neben Konflikten innerhalb der ÖVP bestehen nach wie vor große Spannungen zwischen ÖVP und den Grünen, z. B. in der Frage des Klimaschutzes oder der Migration.

M3

Der Journalist Hans Rauscher in der Tageszeitung „Der Standard“ (20. November 2021):

Die vergangenen Tage und Wochen [Herbst 2021, Anm. d. V.] haben gezeigt, dass das politische System Österreichs dysfunktional ist. Die türkis-grüne Regierung unter Sebastian Kurz hat den zweiten Sommer verplempert und Österreich in den zweiten katastrophalen Pandemieherbst geführt. Seine Nachfolger stolpern zerstritten weiter.

Keine Rede von „raschem Handeln“, wie es der Bundespräsident verlangte. Wir müssen wieder schwere Grundrechtseingriffe – Lockdown – akzeptieren, um die vierte, bisher stärkste Welle halbwegs abzufangen. Österreichs Politik ist das, was Sebastian Kurz abfällig über die „südlichen Staaten“ Europas sagte: „im System kaputt“. [...]

Das eklatante Versagen der Politik der vergangenen Jahre verlangt nach einer „Wende“: Schluss mit dem inhalts- und einfallslosen „Weiter so“ traditioneller Politik; aber auch Schluss mit den populistischen Inszenierungen; Neubeginn mit seriösen, charakterlich ausbalancierten Verantwortungsfragen.

www.derstandard.at (02.12.2021)

A

- 1 Ermitteln Sie mithilfe des Autorentexts und der Infografik M2 auf S. 230 die Regierungskonstellationen seit 2000.
- 2 Arbeiten Sie die wesentlichen Kritikpunkte Hans Rauschers an der türkis-grünen Regierung heraus (M3).
- 3 Erörtern Sie in der Kleingruppe die Vor- und Nachteile von Konsenssuche bei der Umsetzung von politischen Maßnahmen. Nehmen Sie dabei Bezug auf Pandemie und Klimakrise (M1).
- 4 Informieren Sie sich mithilfe der Internetangebote von Qualitätsmedien über die aktuelle Tagespolitik in Österreich.